

Spangenberger Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Teleg. Adr. Zeitung:

erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Samstagabend
abmontag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro
Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen "Mein Garten",
"Die Frau und ihre Welt", "Der heitere Alltag", "Reise und Erholung",
"Unterhaltungsbeilage". Durch die Postanstalten und Briefträger be-
zogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensatz geleistet.



Ausgaben werden die
Norm mit 15 Pf. bei Wiederholung
entsprechender Rabatt.
Nachlass lohnt pro Seite 40 Pf. Verbindlichkeit
für Blatt, Datenvorschiff und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr
für Exteren und Auskunftsbeitrag beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 120

Dommerstag, den 6. Oktober 1932

25. Jahrgang.

Deutschland verlangt Sicherheiten

Keine Bereitschaft zu Verhandlungen auf der Grundlage der englischen oder der französischen Note

Reform der Verfassung

Berlin, 6. Oktober.

Selbst der Redakteur des Reichsinnenministers Freiherrn von Gapi in seiner Rede im Reichstag steht in Deutschland neben den für die Zukunft des Vaterlandes schleichenden Fragen der Außenpolitik auch das Problem der Verfassungsreform zur Ausprache. Allerdings man bisher über vorbereitende Beprüfungen noch nicht ausgetragen; Fortschritte scheinen jedoch erzielt worden zu sein, erwartet man doch in politischen Kreisen bereits für diesen entscheidende Beschlüsse der Reichsregierung.

Die Gründüge der geplanten Verfassungsreform sind nun weit bekannt. Wie man sich erinnern wird, hat Reichsminister von Gapi in seiner Rede im Reichstag von einer "Konvention mit der Verantwortung" gesprochen, die sich aus unserem in der Verfassung von Weimar verankerten Wahlrecht ergeben habe und von der die letzten 18 Jahre der deutschen Geschichte beherricht gewesen seien. Man daraus folgen, daß die Reichsregierung, abgesehen von der Errichtung einer Ersten Kammer, wie Freiherr von Gapi gleichfalls angekündigt hat, auch die Befestigung des Listenstems erwägt.

Beginnen wir mit dem Wahlrecht. Das System der Verhältniswahl und der Grohwahlkreise, das nach dem Kriege in Deutschland eingeführt wurde, hat inzwischen eine reelle Bemerkung gefunden. Man verweist darauf, daß durch die Grohwahlkreise die Verbindung des Wählers mit seinem Abgeordneten unterbrochen worden ist, und an Stelle der Persönlichkeit Listen getreten sind, auf deren Gestaltung der Wähler fast keinen Einfluß hat. Weiter führt man an, daß das Verhältniswahlrecht zwar jeder politischen Gruppe und jedem Interessentreten eine Vertretung im Reichstag sichert, die Herausbildung klarer Mehrheiten dagegen erschwert und damit auch die politische Willensbildung.

Die Vorschläge für die Reform des Wahlrechts liegen vor. Daneben scheint man in der Reichspolitik im Interesse einer Verkleinerung des Reichstags, ja in den letzten Jahren immer mehr angelobt worden zu sein. Die Herausforderung der für ein Mandat erforderlichen Zimmernzahl und an die Erhöhung des Wahleratzes von bisher 20 auf etwa 25 Jahre zu denken. Weiter auch der Plan eines Pluralwahlrechts aufgetaucht, das bestimmten Personen, Kriegsteilnehmern und Veteranen zum Beispiel, zusätzliche Stimmen gewähren, also die Stimmen nicht nur zählen sondern auch werten soll.

Als Hauptbeispiel eines abgestuften Wahlrechts ist das Pluralwahlrecht zu erwähnen, das 1894 in Belgien eingeführt wurde und dem Wähler unter Berücksichtigung seines Alters, seiner Bildung, seines Vermögens, seiner Familie und seines Berufes zu der Grundstimme noch zusätzliche Stimmen reichte. In Deutschland wurden erstmals im alten Königreich Sachsen durch Gesetz vom 5. Mai 1909 sowie in Oldenburg, Hessen und im Fürstentum Reuß j. L. Versuche mit dem Pluralwahlrecht gemacht. Noch heute in Kraft ist das Pluralwahlrecht in England, allerdings in beschränktem Umfang, indem jeder Wahlberechtigte, der einen akademischen Grad hat oder außer seinem Wohnsitz auch in einem anderen Wahlkreis noch eine Geschäftsberechtigung besitzt, zwei Stimmen in die Wahlurne werfen darf.

Was die Errichtung einer Ersten Kammer betrifft, herrscht in Deutschland seit dem Kriege das Einflammtum. Gewiß besteht neben dem Reichstag als der Vertretung des deutschen Volkes auch der Reichsrat als Vertretung der Länder, als gefragender Faktor kann der Reichstag aber ebenso wenig angeprochen werden, wie etwa der preußische Staatsrat. Beschlüsse werden die Gesetze durchweg im Reichstag, wobei der Reichsrat lediglich "relativierend" wirken kann. Der Eindruck des Reichsrates kann nämlich durch eine überraschende Besetzung der umfänglichen Vorlage von einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages untergraben werden.

Der Gedanke, neben der Vertretung des Volkes eine Erste Kammer zu schaffen, ist vom Mutterlande des Parlamentarismus, also von England ausgegangen. Das englische Parlament wurde aus den Kreisen des Adels und des Großgrundbesitzes berufen und bildete bald das Vorbild für ähnliche Einrichtungen in anderen Ländern, die sie nun Erste Kammer, Senat oder Herrenhaus genannt wurden. Wie sich die Reichsregierung die Zuführung einer deutschen Ersten Kammer denkt, ist bisher nicht bekannt geworden. Man vermutet lebhaft, daß die neue Erste Kammer etwa je einen Drittel aus den Mitgliedern des jetzigen Reichstagsrats und vom Reichspräsidenten oder vom Kabinett ernannten Persönlichkeiten bestehen wird. Um übrigens kennt man nur den mit der Errichtung einer Ersten Kammer verbundenen Zweck, den Freiherr von Gapi dagegen gezeichnet hat, die Reichsregierung müsse in einer Ersten Kammer einen helleren haben, der sie vor den Folgen der oft durch Stimmen-

gen und Wahlrechtsreform beeinflußten Parlamentsbeschlüsse zu schützen und die Güte der Regierungspolitik zu gewährleisten vermöge.

Wie hier eine Stärkung der Autorität der Reichsregierung erfreut wird, so spielt in den Erörterungen über die Reform der Reichsverfassung auch der Gedanke einer Stärkung der Macht des Reichspräsidenten eine Rolle. So ist bereits früher die Möglichkeit diskutiert worden, den Einfluss des Reichspräsidenten auf die politische Entwicklung zu verstärken.

Bekannt sind weiter aus den früheren Diskussionen die Parallelen, nach denen ein der Reichsregierung vom

Reichstag erteiltes Vertrauensvotum während der Legislaturperiode nicht widerzuweisen

würden kann, um so die Reichsregierung instandzu-

setzen. Arbeit auf beide Sicht zu leisten.

Das Kernproblem der verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung ist aber die Befestigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen. In politischen Kreisen glaubt man, auch in dieser Hinsicht mit Entscheidungen rechnen zu können, sobald der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Klage der abgelehnten Preußischen Regierung das Urteil verkündet hat. Natürlich bedarf gerade die preußische Frage einer gründlichen und umfänglichen Vorbereitung. Und gerade das macht es unmöglich, schon heute etwas über die Maßnahmen zu sagen, die etwa zur Befestigung des Dualismus getroffen werden könnten. Wenn trotzdem hier und da bereits davon gesprochen wird, daß in Zukunft der Reichskanzler zugleich auch preußischer Ministerpräsident sein werde, und weiter davon die Rede ist, daß die Arbeiten der preußischen Ministerien für Ernährung, Volkswohlfaht, Handel und Justiz nach der Verfassungsreform von den Reichsministerien mitverwaltet werden, dann handelt es sich hier zunächst um Mutmaßungen.

Sicher dürfte aber sein, daß die Reform der Reichsverfassung, wie sie von Mitgliedern des Kabinetts von Papen wiederholt als notwendig angekündigt worden ist, in den nächsten Monaten mehr und mehr in den Mittelpunkt der innerpolitischen Auseinandersetzungen rücken wird.

Konferenz-Pessimismus

Frankreich scheut eine schnelle Entscheidung und will Deutschland Garantien überbringen.

London, 6. Oktober.

Das englische Auswärtige Amt veröffentlicht folgende Mitteilung über die Vorbereitung einer Konferenz der Großmächte durch die englische Regierung:

Die englische Regierung ist mit den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Verbindung getreten, um sich zu vergewissern, ob die Schwierigkeiten, die durch den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz entstanden sind, zum Gegenstand eines Meinungsaustausches unter ihnen gemacht werden könnten. Die Angelegenheit wird noch erworben. Die englische Regierung hat aber zu verstehen gegeben, daß, wenn das Verfahren als löslich angesehen wird und allgemeine Zustimmung findet, sie gern bereit wäre, eine Konferenz zu diesem Zweck nach London einzuberufen.

Die Aussichten für das Zustandekommen der neuen Konferenz wurden von der englischen Presse im Hinblick auf die grundlegenden französischen Einwendungen und die deutschen Vorbehalte ungünstig beurteilt. Weiter heißt es, der Amerikaner Norman Davis habe Herrlot und Simon den dringlichen Wunsch Amerikas dargelegt, daß die europäischen Mächte baldigst Schritte ergreifen sollten, die zu einer Lösung führen könnten. Man müsse annehmen, daß die Vereinigten Staaten einen Beobachter entsenden würden. Der diplomatische Korrespondent der "Morning Post" bemängelt, daß die englische Einladung nicht klar zum Ausdruck gebracht habe, ob die Erörterungen auf die in der englischen Denkschrift enthaltenen Formeln beschränkt werden sollen oder nicht. Deutschland werde nur an einer Konferenz teilnehmen, die bereit sei, die Wehrfrage von neuen Gesichtspunkten aus zu verhandeln.

Herriot stellt Bedingungen

"News Chronicle" ergänzt die Mitteilungen über die Ausprache Simons mit Herriot dahin, der französische Ministerpräsident habe zwar grundsätzlich den Vorschlag einer Konferenz angenommen, aber folgende Bedingungen gestippt:

1. Es würde eine Konferenz in Genf einer Zusammenkunft in London vorziehen;
2. er wünsche, daß die kleineren Staaten ihre Zustimmung zu der Konferenz geben sollen;
3. die Konferenz dürfe keine Entscheidungen treffen, sondern solle sich auf den Entwurf von Entschließungen und die Vorbereitung von Lösungsvorschlägen beschränken, die von der Abrüstungskonferenz zu ratifizieren wären;

4. Deutschland sollte vor Einberufung der Konferenz eine Garantie abgeben, daß es von jetzt an loyal und ehrlich mit der Abrüstungs-Konferenz zusammenarbeiten will (1).

Nach der "Morningpost" hat der englische Außenminister Sir John Simon sich mit der

Hinzuziehung Belgiens und Polens

zu der Konferenz einverstanden erklärt, damit Frankreich "sich nicht vereinfamt fühlt". Über die Stellungnahme der französischen Regierung berichtet das Blatt, Herriot habe daran erinnert, daß der Völkerbundrat die einzige Stelle für die Erörterung der deutschen Anprüche sei und den Standpunkt eingenommen, es sei Sache Deutschlands, von wo aus wieder den Anschluß an die Abrüstungskonferenz zu finden.

Deutschland will Klarheit

Berlin, 6. Oktober.

Über den Standpunkt, den die Reichsregierung zu der von dem englischen Gesellschafter übermittelten Einladung zu der Konferenz in London einnimmt, verlautet, daß Deutschland durchaus nicht für die Teilnahme an der Londoner Konferenz die gleichen Bedingungen stellt, wie für die Wiederteilnahme an den Abrüstungsverhandlungen. Das würde dem Sinn dieser Londoner Ausprache widersprechen.

Deutschland verlangt aber starke Sicherungen dafür, daß die Ausprache in London von einer anderen Grundlage ausgeht als der, wie sie in den Noten Englands und Frankreichs in der Frage der deutschen Gleichberechtigung zum Ausdruck gekommen sind. Mit anderen Worten: Es müßte die Gewissheit dafür vorhanden sein, daß unabhängig von dem bisher geführten Notenwechsel die Frage der deutschen Gleichberechtigung als solche behandelt wird und Deutschland nicht etwa einer geschlossenen Einheitsfront von Verhandlungsgegnern in London gegenübersteht.

Während die deutsche Denkschrift in der Frage der Gleichberechtigung nur eben diese Frage als solche aufgeworfen hatte, hatte die englische Note juristische Fragen aufgeworfen und den Zeitpunkt des deutschen Verlangens kritisiert, während die französische Note das deutsche Verlangen in einen deutschen Abrüstungswillen umfasschte. Der klare Ausgangspunkt der Verhandlungen, wie er in der deutschen Denkschrift niedergelegt war, müßte also vorher wiederhergestellt werden.

Wenn Frankreich die Teilnahme anderer Staaten, wie Polen, Belgien, Tschechoslowakei an dieser Londoner Ausprache wünscht, so wäre dies für Deutschland an sich kein Hindernis, an der Ausprache teilzunehmen, nur steht zu befürchten, daß dadurch das Thema wiederum verschoben und statt einer vertraglichen Ausprache zwischen einzelnen Mächten, wie sie von England angestrebt worden war, eine Art "kleine Abrüstungskonferenz" gemacht würde. Dadurch würde natürlich der Rahmen der gedachten Ausprache gleichfalls überstrichen. Auch in dieser Hinsicht müßte Deutschland auf Sicherungen bestehen, durch die die Diskussionsgrundlage nicht verschoben wird.

Beamtenstich in Preußen

Weitere Personalveränderungen von der Staatsregierung beschlossen.

Berlin, 6. Oktober.

Das preußische Staatsministerium hat weitere Personalveränderungen in den leitenden Stellen der Verwaltung beschlossen. Ähnlich wird darüber mitgeteilt:

Neue Oberpräsidenten.

Mit der kommissarischen Verwaltung der Oberpräsidien werden beauftragt in Königsberg Regierungspräsident a. D. Kuschler; in Breslau der Landrat in Reichenbach Graf von Degensfeld; in Kiel der Vizepräsident des Oberpräsidiums Kiel Dr. Thon; in Kassel der Kurator der Universität Marburg Geheimer Oberregierungsrat Dr. Dr. Dr. von Hülsen.

Der frühere Vizepräsident der Regierung in Merseburg Zeheberg wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Magdeburg ernannt. Der bisher mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg beauftragte Landrat Mengel wird in gleicher Amtseigenschaft dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg in Berlin-Charlottenburg zur Verfügung gestellt. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz Guske wird beurlaubt. Mit der Ablösung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat Flach vom Oberpräsidium derselbit beauftragt.

Beränderungen in den Regierungspräsidien.

Der Regierungspräsident in Erfurt Dr. Freytag wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zu kommissarischen Regierungspräsidien werden ernannt: in Stettin der Landrat in Ichlow Höppert; in Magdeburg der Ministerialrat im preußischen Finanzministerium Zacharias; in Erfurt der Ministerialdirektor im preußischen Ministerium des Innern Bachmann; in Münster der frühere Staatssekretär in der Reichsanzlei Dr. Pünder.

Regierungspräsident Dr. Abegg in Schleswig wird auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft in einem Regierungsbezirk in Mitteleuropa verendet werden. Als sein Nachfolger in der Landrat in Flensburg Dr. Wallroth in Amtshand genommen.

Der Regierungsvizepräsident in Erfurt Fischbach wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt, aber gleichzeitig mit der vertretungswesentlichen Verwaltung des Kreises Grevenbroich-Reich beauftragt. Zum Regierungsvizepräsidenten in Erfurt wird der Landrat des Kreises Grevenbroich-Reich von Chamier-Götschl ernannt.

Die Regierungsvizepräsidenten Ellinghaus in Gumbinnen und Wagner in Breslau werden beurlaubt. Mit der vertretungswesentlichen Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Gumbinnen wird der Oberregierungsrat von Baumüller in Altenstein, mit der des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau der Verwaltungsdirektor von Scheller, zur Zeit bei der Regierung in Schneidemühl beauftragt.

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Köslin von Hoffmann wird zum Regierungsvizepräsidenten in Marienwerder ernannt.

Neubesetzungen in den Polizeipräsidien.

Zu Polizeipräsidien werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidien in Königsberg Landrat Werner; in Elbing Oberregierungsrat von Klinckow-Stöckl; in Magdeburg Oberregierungsrat Freiherr von Nordenflycht; in Kiel Landrat Graf zu Rantzau; in Altona Regierungsrat Dr. Diefenbach; in Essen Polizeipräsident Dr. Wiesmann; in Köln Polizeikommandeur Lingens; in Kassel Regierungsrat von Kottwitz.

Zu kommissarischen Polizeipräsidien werden ernannt: in Oppeln der Regierungsrat beim Oberpräsidium in Breslau Dr. Horstmann; in Gleiwitz der Landrat des Kreises Falkenberg Waderzapp, in Erfurt Regierungsrat Rose von Pappenheim.

Der Polizeipräsident in Gleiwitz Danzel wird in gleicher Amtseigenschaft an das Polizeipräsidium in Hörburg-Wülzburg versetzt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums in Erfurt beauftragte Oberregierungsrat Kreßlmar wird unter Ernennt zum Regierungsdirektor an das Polizeipräsidium Berlin versetzt. Der kommissarische Polizedirektor in Schneidemühl Regierungsrat Mock wird zum Polizedirektor in Schneidemühl ernannt.

Beränderungen in der Kreisverwaltung.

Mit der vertretungswesentlichen Verwaltung des Landratsamtes in Ichlow wird der Landrat Dr. Ide in Weizensee, mit der vertretungswesentlichen Verwaltung des Landratsamtes in Weizensee der zur Zeit mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums in Oppeln beauftragte Regierungsrat Hüter beauftragt.

Der Ministerialrat im preußischen Finanzministerium Dr. Ahrendt wird in gleicher Amtseigenschaft in das Ministerium für Volkswirtschaft versetzt.

Der Regierungspräsident i. e. R. Dr. von Bahrsfeldt wird zum Kurator der Universität Breslau ernannt.

Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafvollzugsamts in Marienwerder Widmann wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt.

Der Oberstaatsanwalt Janssen in Aachen wird zum Generalstaatsanwalt und Präsidenten des Strafvollzugsamts in Marienwerder ernannt.

Arbeit für das Land

Tagung des Hauptvorstandes des Verbandes der preußischen Landgemeinden.

— Berlin, 6. Oktober.

Der Hauptvorstand des Verbandes der preußischen Landgemeinden bekannte sich nach einem Referat seines Präsidenten

der Sprecher Markgraf

EIN FUNK-UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN.

URHEBEL-BECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, VERDAU

(51. Fortsetzung.)

Lehnthiefe Drohungen hatte Forrest in seiner Laufbahn schon hundertmal zu hören bekommen, und er reagierte daher nur mit einem Lächeln.

"Ich habe es zehnmal versucht! Der Mann will nicht! Das ist ein deutscher Dickkopf. Das ist wenig zu machen."

Aber er musste doch wissen, was er für eine fabelhafte Arbeit geleistet hat. Ich kann das einfach nicht verstehen! Einmal schaffen... und dann megtreten, nicht ansehen, das ist mir nicht vorgekommen. Es will doch jeder eine Befriedigung durch seine Arbeit haben. Aber diesen Markgraf scheint alles gleichgültig zu lassen."

Mr. Bammel, der Mann hat viel hinter sich. Ich sprach mit Mr. Börne, und sie machte mir ein paar Andeutungen. Sie wissen ja auch von dem familiären Unglück, das ihn getroffen hat."

"Was hat das mit meinem Film zu tun?"

Die Einstellungen finden eben verlochsen. Aber versuchen Sie selbst es doch einmal, Mr. Bammel!"

"Ich muss schon, aber wie soll ich es fertig bringen, wo Sie schon versagt haben?"

"Es geht manchmal selbstsamt zu, Mr. Bammel!"

"Also tu' Herr Bammel zu Rainer, den ihn auch sofort empfinde."

"Gieber, lieber Mr. Markgraf!" begann Bammel impulsiv. "Das dürfen Sie mir nicht antun, daß Sie bei der Uraufführung fehlen. Ihre Freunde warten darauf, Sie zu begrüßen."

"Mr. Bammel, ich habe da meine Gründe. Sie als Geschäftsmann werden mich ja kaum verstehen, aber es ist so: Ich möchte den Film jetzt nicht sehen!"

"Aber Ihre große Kunst, Mr. Markgraf!"

"Sie hat mich um alles gebracht, sie hat mir Weis und Kinder genommen."

Bammel wurde ernst. "Schade!", sagte er mit tiefem Be-

douern. "Ich hätte mich ja darauf gefreut, daß Sie auftreten"

ten Dr. Gereke-Pressel in einer Entschließung erneut zu dem anstehenden Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden. Weitere wird in der Entschließung festgelegt, die Maßnahmen der Reichsregierung hätten, wenigstens bisher, eine Entlastung der Gemeinden nicht gebracht.

Es möge erneut die Forderung erhoben werden, auch im Interesse des nördelnden Landwirtschafts, des Hauptsteuerträgers in den Agrargemeinden, befürchtigt im Wege von öffentlichen Anstrengungen einen erheblichen Teil der Arbeitslosen wieder in Lohn und Brod zu bringen.

Protest gegen die Kreiszusammenlegung

In einer zweiten Entschließung erhebt der Verband der Landgemeinden Protest gegen die Kreiszusammenlegungen. Die Ersparnisse liegen sich nur durch eine Vereinfachung der Gelehrung und des Verwaltungsaufbaues, durch Verminderung des Bürokratismus, durch Einschränkung des Peerlaufs und des heute übertriebenen Schriftverkehrs, seiner insbesondere durch Verringerung und Verkleinerung der Zentralinstanzen erreichen.

Beschlüsse des Unterrichtsausschusses

— Berlin, 6. Oktober.

Der Unterrichtsausschuss des Preußischen Landtages nahm mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Antrag an, die Durchführung des Erlasses über das Recht der Kirchlichen Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht in den Schulen solange aufzulehnen, bis eine Verständigung über diese Frage zwischen Staat, Lehrerstand, Eltern und Kirchen herbeigeführt ist. Abgelehnt wurde der deutschnationalen Antrag auf gründliche Unterweisung der Schüler über den "Friedensvertrag" von Versailles.

Hindenburgs Geburtstagstisch

— Berlin, 6. Oktober.

Reichspräsident Hindenburg erhielt aus Anlaß seines 85. Geburtstags rund 22 000 Einfassungen und einen ganzen Brief von Briesen und Telegramme sowie eine Fülle von Blumensträußen. Besonders zahlreich waren weiter die geklebten, gemalten und geschriebenen Glückwünsche der Schulklassen. Die dem Reichspräsidenten gewidmeten Bilder umfassen eine ganze Galerie. Die deutschen Städte halten vielfach kunstvolle Glückwünschedressen eingestellt.

Der Stahlhelm hatte einen Riesenbaumfest geschichtet. Ein Schulkind sandte dem Reichspräsidenten zwei Mohrenköpfe, die es von seinem Tafchengelde erworben hatte. Zwei Bauernkinder aus dem Schwarzwald erfreuten den Reichspräsidenten durch geschnitzte Holzpuppen in Waldertakt. Ein Konditorjunge überreichte sein Meisterstück, eine Brotzeit von überlebensgroßen Ausmaßen.

Außerdem vielfältig sind die Gaben einzelner Firmen. So erhielt der Reichspräsident einen schnellen Jägerhut, eine Westfälische mit Schürze, Bumpern und Steinbäcker, Wein und Sekt sowie selbstgebräute Schnäpse. Eine Möbelfirma widmete einen bequemen Sorgentstuhl.

Ein großer Teil der dem Reichspräsidenten gespendeten Genußmittel wurde den Krankenäulern überwiesen.

Dankkundgebung Hindenburgs

Appell an die Opferbereitschaft für die Befreiung Deutschlands.

— Berlin, 5. Oktober.

Reichspräsident Hindenburg sprach im Rundfunk seinen Dank für die Glückwünsche zum 85. Geburtstag aus. Die Ansprache des Reichspräsidenten, die auf alle Sender übertragen wurde, lautet:

"Zur Vollendung des 85. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von Groß und Klein, von Reich und Staat haben mich sehr gerührt. Ich habe diese vielen Zeichen persönlichen Gedankens zugleich als Beweis treuer osterländerischer Freiminnung und Verbundenheit begrüßt.

Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Hindenburg-Spende, die meinen alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Fällen der Not bisher so segensreich geblieben ist, auch Widerhall gefunden und neue Mittel zu

mit Ihrer Frau und Ihren Kindern der Aufführung beiwohnen. Ihre Kinder, sicher so liebe herzige Dingelchen, die würden schauen und hören, wenn Sie Ihre Stimme hören und Sie sehen, Mr. Markgraf!"

"Lieben Sie Kinder, Mr. Lammel?"

"Ja, Mr. Markgraf! Habt ja in meinem Leben wenig Zeit für Gesellschaft gehabt, aber Kindern war ich immer gut."

Lammel sah zu seiner großen Genugtuung, daß Rainer zu überlegen schien.

"Gut, Herr Lammel," sagte Rainer einfach. "Ich werde der Uraufführung zusammen mit meinen Kindern beiwohnen. Ich fahre morgen früh nach Peine und hole sie nach Berlin. Mit meinen Kindern zusammen will ich schauen und hören. Und auf die Kinder kommt's vielleicht an, Mr. Lammel, ob ich je wieder spielen oder nicht."

Lammel war überglücklich. Viel hätte nicht gefehlt, dann hätte er Rainer umarmt.

Als Rainer für einen Augenblick das Zimmer verließ, weil das Telefon läutete, sah Mr. Lammel ein kleines Bildchen an der Wand hängen. Zwei reizende Kinderköpfe zeigte es.

Lammel nahm das Bild an sich. Er stellte es sich etwas eigenmächtig aus, denn die Abbildung mußte die Presse am gleichen Tag noch bringen.

Als Rainer wieder erschien, bedankte sich Lammel nochmals. Er hatte dann große Freude fortzuführen, denn er fürchtete, Rainer würde das Fehlen des Bildes bemerken.

Aber Rainer entdeckte es an diesem Tage nicht.

Er war zu sehr mit seinen Gedanken bei den Kindern. Morgen würde er sie wiedersehen! Morgen würden sie an seiner Seite ihm auf den Leinwand leben und seine Stimme hören.

Was würden sie sagen? Auf jeden Fall würde er achten.

Vielleicht wies ihm ein Wort den Weg der Zukunft.

Am nächsten Morgen brachte der Frühstückszug Rainer nach Peine.

Als er plötzlich ins Zimmer trat, ergriff Frau Ingrid.

"Guten Tag, Ingrid!" sagte Rainer läuter als er wollte.

"Guten Tag, Rainer!" antwortete die Frau und erhob sich. Er umfaßte sie mit seinen Bildern. Sie war schöner denn je.

Dann rief sie ins Nebenzimmer: "Kommt, Kinder!"

diesem Zweck erbracht hat. So dankt ich denn heute vom ganzen Herzen allen, die meiner gedacht, die in meinem Dienste vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Gelöbnis treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vater-

landes erfreut haben.

Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unter Recht, im Innern ringen gerechter Sachwalter des gesamten Volkes, über den Parteien, bauet dabei auf den gelunden Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in kriegerischen Zeiten, namentlich Willen bestreite Führung gesetzt hat. Es geht nicht um die Anhäufungen und Wünche von Personen, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dieser zu dienen, für die Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein! Wer in dieser Erkenntnis zu mir steht und hilft, hat mit die beste Geburtsstagsfeier bereitet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!"

Friedenspflicht der Gewerkschaften

— Berlin, 6. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt: Im heutigen Reichsversammlung wird eine weitere Ausführungsverordnung des Reichsversammlungsmasters vorgelegt, in der die von der Reichsversammlung bisher ständig vertretene Auffassung hinlänglich dargestellt wird. Nach der Verordnung gilt die Erfüllung des Arbeitsvertrages trotz der von dem Arbeitgeber vorgenommenen Belegschaftsvereinbarung entsprechend, so daß Kampfmärsche einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verlehung des Tarifvertrages gelten. Der Reichsversammlungsmaster hat diese Klarstellung als angezeigt gehalten, um in auszuschließen und unnötige Streitigkeiten und Verwicklungen zu verhindern.

Streikabbruch in Hamburg

Wiederaufnahme des Betriebes auf der Hamburger Hohbahn.

— Hamburg, 6. Oktober.

Nachdem bereits die christlichen Gewerkschaften sowie die nationalsozialistische Streikleitung im Laufe des Dienstagmittags abgeschlossen hatten, ihre Mitglieder aufzufordern, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, hat auch am Dienstagabend der Gefamtverband der freien Gewerkschaften den gleichen Besluß gefasst. Man hat die Berichtigungsfeststellung des Schiedsgerichtes durch das Reichsversammlungsmaster, wie erwartet, anerkannt und somit den Streik ausgeschlossen. Die Kommunisten, die durch ihre RGO den Streik forderten, entschlossen, ihre Streikauflösung an ihre Mitglieder zurückzuziehen.

— Hamburg, 6. Oktober.

Gegen die geschiedene Frau des früheren Landgerichtsdirektors u. a. ehemaligen Kammergerichtsrates Frau Jürgens, die mit ihrem Mann vor einigen Jahren im Mittelpunkt eines sogenannten Betriebsprotests stand, ist ein neues Verfahren eingeleitet worden, in dem sie der Unterschlagung und des Betriebsbeschädigung beschuldigt wird.

Frau Jürgens wird vorgeworfen, von einem Kunstmaler 32 Gemälde in Kommission genommen, den Erlös aber für sich verbraucht zu haben, so daß der Kunstmaler leer ausgegang. Frau Jürgens erschien zum Termin nicht, sondern ließ weder physisch noch psychisch in der Lage sei, vor Gericht zu erscheinen. In dem Zeugnis wurde auch ihre Häufigkeit angezeigt.

Das Gericht verlegte den Prozeß, schickte aber einen Gerichtsarzt zu Frau Jürgens, um ihren Gefundenheitszustand feststellen zu lassen. Von dem Ergebnis der gerichtsärztlichen Untersuchung wird der Erlös eines Vorführungsobjekts gegen Frau Jürgens abhängen.

Schon kamen sie jubelnd herangestürzt, der kleine Wolf und die wohlbeliebte Ursel mit dem drolligen Schleuderlsgesicht.

War das ein Jubeln und Lachen! Uebertäglich umhasten sie den Vater und drücken ihn wieder und wieder. "Aber, Batt!" war Wolfs erster Wort. "Heute bleibt du aber länger als sonst!"

"Nein, mein kleiner Wolf! Heute nimmt euch der Vater mit nach Berlin! Wolf! Ihr mit Batt verreisen?"

"Sal!" jubelten beide zufrieden.

Dann überströmten ihn ihre Fragen, ihre Erzählungen. Alle ihre kleinen, ach so großen Sorgen und Schmerzen, der Vater mußte sie hören.

Und wie hörte er sie an! Mit einer stillen Andacht, als sei dies das kostlichste Ereignis. Es war's ja auch dem kleinen Manne, war in diesen Augenblicken zumute, als nehm' ein weiterer Strom aus seine Lasten von ihm und trage sie weit weg davon. Alle Bitterniss und Dual der Tage vergaß er im Geplauder mit den Kindern.

Es war so glücklich, die Liebe der Kinder wieder einmal zu spüren, ihre weichen, kleinen Armbchen zu fühlen, wenn sie sich um seinen Hals schlängeln.

Aber er sah auch, daß sie schmäler geworden waren, ganz beiderseits der kleine Wolf. Schmal und spitz war das kleine Gesichtchen, das jetzt von der Freude belebt und gerötet war.

"Rinnst du auch Mutti mit?" fragte die kleine Ursel.

"Mutti... ich werde sie fragen! Aber ich glaube, sie wird wohl nicht mitsingen, Urselchen. Sie muß doch die Kleider für die Kinder in Ordnung halten. Wer stopft dann deine Strümpfe, wenn du mit deiner großen Zeh immer durchkommt?"

"Gang verlegen riecht die diese Ursel."

Frau Ingrid stand in der Küche, der Mutter gegenüber.

"Die Mutter war eine harte Frau."

"Ich halb's kaum noch aus, Mutter!" stöhnte die junge Frau.

"Ich habe augeboren. Die Kinder! Wie haben sie Rainer begrüßt!"

"Dann wirf dich ihm doch wieder an den Hals!" sagte die Mutter hart.

"Er ist ja sehr ein verniender Mann! Wird durch seine Träume angesehen vielleicht noch mal Millionär!"

(Fortsetzung folgt)

